Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Annoncen-Annahme-Bureaux: Berlin: Invalidendank. — Breslau: A. Scheibe. — Chemnitz: Th. Diebrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Agent. Rückhardt. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Boethaar, Jacob Türkheim, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesier. — Mainz: D. Frenz. — München: C. Marowski.

Abend-Ausgabe.

Verlagsanstalt: Stankiel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, Bibliothèque Montmartre et 21 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Frandler in Warschau, Senatorenplatz 22.

Nr. 205. Berlin, Mittwoch den 28. Mai 1879. 18. Jahrgang.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32**, zu richten, **und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 28. Mai.

Wir haben wieder einige Zustimmungs-Adressen zum wirthschaftlichen Programm des Herrn Reichskanzlers zu verzeichnen. Zunächst stattet die Direktion der Zeche „König Ludwig" bei Grunbeldorf in Baiern „Namens der Beamten und Belegschaft" ihren wärmsten Dank ab, daß Se. Durchlaucht der Herrnbleiben im Großherzogthum Hessen erklären sich bereit, die beabsichtigte Reform mit allen Kräften zu unterstützen". Eine größere Zahl von Adressen liegt aus Baden vor. Durch die Herren Stadtrath H. Lang und Handelskammer-Präsident sowie Landtagsabgeordneten J. Krämer zu Karlsruhe ist eine Dankadresse übersandt, welche von 408 verschiedenen Berufskreisen angehörenden Bürgern und Einwohnern dieser Stadt unterzeichnet ist. Herr G. Kaufmann zu Lahr sandte im Namen des konservativen Bezirksausschusses Adressen aus folgenden Orten dieses Bezirks: Wagenstadt mit 15, Meißenheim mit 178, Hugsweier mit 73, Tutschfelden mit 21, Langenwinkel mit 19 und Dundenheim mit 82 Unterschriften. Der Uebersender bemerkt, bis jetzt seien noch wenige Adressen in diesem Bezirke zu Stande gekommen, zum Theil, weil noch nicht alle Besorgniß wegen des richtigen Verhältnisses der künftigen Zuckersteuer in diesem zu einem guten Theile von Tabaksbau- und Industrie sich nährenden Bezirke verschwunden" sei. Der Schluß des Begleitschreibens lautet:

„Trotzdem wächst auch in diesem Bezirke Jahr täglich mehr und mehr die Bewunderung und Hochachtung zu dem großen Reichskanzler und hat Euer Durchlaucht mit dem Briefe vom 15. Dezember 1878 wie einst Dr. Martin Luther mit dem Ablehren der 95 Thesen an die Schloßkirche zu Wittenberg, unser liebes deutsches Volk tief ergriffen. Er bedeutet und den Kampf und den beginnenden Sieg des Germanenthums über das uns bedrohende, Alles überwuchernde Judenthum."

Weiterhin kamen aus dem Bezirksamte Bruchsal übereinstimmende Adressen von den Orten Kirchdorf mit 51, Oberhausen mit 49, Neudorf mit 78, Rheinhausen mit 50 und Philippsburg mit 62 Unterschriften.

Sodann ist zu erwähnen eine Adresse aus dem Kreise Melsungen (im Regierungsbezirke Kassel), unterzeichnet von einem Gutsbesitzer und den Bürgermeistern der Orte Lohre, Rhünda, Harle, Niedermöllrich, Gensungen, Heßlar, Melgershausen, Beuren, Heserode, Helmshausen, Hilgershausen, Deute, Wödiger, Alten- und Neuen-Brunslar und Wichdorshausen. Die Unterzeichner wünschen lebhaft Zeugniß ablegen gegen die in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß in jener Gegend die Bewegung für Schutzzölle in landwirthschaftlichen Kreisen bedeutend umgeschlagen sei, und bekunden, daß in ihrem Umkreise „Landwirthschaft wie andere Gewerbtreibende treu auf Seiten Ew. Durchlaucht stehen und an dem von Ew. Durchlaucht aufgestellten Programm festhalten." Weiter heißt es:

„Wiewohl sehr zu bedauern, daß in diesen Kreisen nicht eine größere Rührigkeit entwickelt wird, möge doch die bei dem conservativen Charakter der Landwirthschaft treibenden Bevölkerung zu Gute halten, die mit großer Geduld und Zähigkeit aus Liebe zum Vaterlande und der Regierung lange mit großer Noth und Entbehrung kämpft, ehe sie Schritte thut, die Regierung anzugehen; wie es denn überhaupt nicht Sache der Landwirthe, sich mit großen Schreibereien zu befassen, so ist es in jetziger Zeit am allerwenigsten zu bewundern, wo der Kampf um die Existenz fast ein verzweifelter geworden und dessen Kräfte von der angestrengtesten Thätigkeit in Anspruch genommen werden."

Endlich ist zu erwähnen eine Zuschrift des Herrn Krantchfeld und Genossen zu Aachen, in der es heißt:

„Wir haben die Ueberzeugung, daß die etwaige Vertheuerung der Lebensbedürfnisse durch die neuen Zölle in keinem Verhältniß steht zu der Vertheuerung, welche in Folge des Triboles stattfindet, den gegenwärtig der Konsument an den Kleinhändler zu entrichten hat. Wir glauben, daß dieser in seiner Höhe ungerechtfertigt und nicht äquivalent ist den Leistungen des Zwischenhandels. Wir glauben ferner, daß dem Staat die Mittel zu Gebote stehen, diese Ausbeutung der Konsumenten durch die Kleinhändler einzuschränken und daß er das Recht und die Pflicht hat, von diesem Mittel Gebrauch zu machen. Wenn es auch nicht möglich ist, etwas allgemein Gültiges über die Höhe des nach kaufmännischem Gebrauch auf den Einkaufspreis erfolgenden Zuschlags aufzustellen so darf man doch annehmen, daß, auch bei den solidesten und sichersten Geschäftsbranchen der Kleinhändler 20 pCt. öfter überschreitet, als daß er unter diesen Prozentsatz herabgeht. Es läßt sich dies aus den Geschäftsberichten derjenigen Konsumvereine, welche zu den ortsüblichen, jedoch immer noch im Verhältniß mäßigen Preisen verkaufen, mit Sicherheit ersehen. Von den 200—400 ℳ, welche in industriellen Gegenden eine Arbeiterfamilie für die Hauptverbrauchsgegenstände etwa verausgabt, würde demnach der Kleinhändler 40—80 ℳ für sich in Anspruch nehmen. Daß diesen Ansprüchen nicht die produktive Arbeit des Verkäufers und die Unkosten einer rationellen Geschäftsführung entsprechen, wird durch die Geschäftsberichte der Konsumvereine, wenigstens für den Handel mit den Hauptkonsumtionsartikeln völlig klar gestellt."

Die „Provinzial-Correspondenz" sagt in einem Artikel: „Die Präsidentenwahlen und die Mehrheit im Reichstage" Folgendes:

Der Rücktritt der bisherigen Reichstagspräsidenten v. Forckenbeck und v. Stauffenberg und die darauf erfolgte Wahl des konservativen Abgeordneten v. Seydewitz zum Präsidenten und des dem Zentrum angehörigen Abgeordneten v. Franckenstein zum ersten Vizepräsidenten haben der liberalen Presse Anlaß zu den lebhaftesten Aeußerungen politischen Unmuths und schwerster Besorgniß in Bezug auf die weitere Entwickelung unserer inneren Verhältnisse gegeben: man will in diesen Vorgängen einen Wendepunkt der gesammten Politik des Deutschen Reiches, den Beginn einer freiheitsfeindlichen Haltung der Regierung und sogar ein förmliches Preisgeben der Stellung Deutschlands nach Außen erkennen.

Es bedarf nur eines unbefangenen Blickes auf die Thatsachen, welche den Ausgangspunkt dieser unbegreiflichen Verirrungen bilden, um den völligen Unsinn derselben zu erkennen. Sie hätten vielleicht einen wenigstens äußerlichen Schein von Berechtigung, wenn die Veränderung in der Leitung des Reichstages irgendwie von der Regierung oder von den Parteien, welche die Regierung zur Zeit in ihrer Wirthschaftspolitik unterstützen, veranlaßt oder gewünscht worden wäre, — jede Berechtigung zu dem plötzlichen Aufschrei ist aber schon dadurch ausgeschlossen, daß der Wechsel im Präsidium sowohl, wie die Art der Wiederbesetzung desselben lediglich durch das freie Verhalten und politisch berechnete Vorgehen gerade der liberalen Parteien herbeigeführt worden ist.

Was ist denn in Wahrheit geschehen?

Der bisherige, der nationalliberalen Partei angehörige Präsident des Reichstages hat unerwartet außerhalb des Reichstages eine Rede gehalten, welche seinen Gegensatz gegen die wirthschaftlichen Bestrebungen der Reichstagsmehrheit und seine Befürchtungen wegen der Folgen derselben in einer Art und Weise verkündete, welche die Niederlegung seiner Stellung als Vertrauensmann und Vertreter des Reichstags zur Folge haben mußte und hatte.

Als es sich nun um die Neuwahl des ersten Präsidenten handelte, schien zunächst die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein anderer Führer der nationalliberalen Partei, der in der wirthschaftlichen Frage nicht in grundsätzlichem Gegensatze zur gegenwärtigen Mehrheit steht und persönlich nicht minder als Herr v. Forckenbeck ein Mann allseitigen Vertrauens ist, der Abgeordnete a. Bennigsen, an seine Stelle berufen würde. Diese Möglichkeit wurde jedoch sofort seitens der nationalliberalen Partei zurückgewiesen, deren Organe den Gegensatz, der zunächst nur auf dem Boden der wirthschaftlichen Ueberzeugungen hervorgetreten war, mit der größten Bestimmtheit und Schärfe auf das allgemeine politische Gebiet zu übertragen suchten und von vornherein ankündigten, daß von dem Eintritt eines Nationalliberalen in das Präsidium nicht die Rede sein könne. Wie die liberalen Parteien die Frage des Präsidiums zu einer politischen Parteisache machten, zeigte sich auch darin, daß alsbald auch der Rücktritt des ersten Vizepräsidenten Freiherrn v. Stauffenberg als unbedingt bevorstehend angekündigt wurde und in der That auch wenigen Tagen eintrat. Gleichzeitig wurde von liberaler Seite beschlossen, daß man sich an den Neuwahlen für das Präsidium überhaupt nicht betheiligen wolle, daß vielmehr die Parteien, welche vorzugsweise die Wirthschaftspolitik des Reichskanzlers unterstützen, die Präsidentenwahl unter sich abzumachen hätten.

Ebenso wie der Wechsel im Präsidium durch den freien Entschluß der Liberalen erfolgte, so führte also das Verhalten der liberalen Partei absichtlich und unzweideutig zu der Nothwendigkeit, daß die neuen Präsidenten lediglich durch Verständigung unter den Konservativen und der Zentrumspartei gewählt würden.

So ist es in der That geschehen, weil es eben gar nicht anders geschehen konnte: die Veränderung des Präsidiums an und für sich war die neue Gestaltung desselben aus den Parteien der wirthschaftlichen Mehrheit sind in Wahrheit eine That der liberalen Partei, und sollte es sich dabei wirklich um eine so „schwere Verantwortlichkeit vor dem deutschen Volke", so sogar „vor dem Richterstuhle der Geschichte" handeln, wie jetzt in gewissen aufgeregten Blättern zu lesen ist, so würde die liberale Partei die Verantwortlichkeit für das „nationale Unheil nicht von sich abwälzen können.

Die Parteien der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit haben übrigens die Wege einfach angenommen, wie sie ihnen entgegengebracht wurde. Je schärfer und herausfordernder der Gegensatz gegen das von ihnen gemeinschaftlich durchzuführende Werk der wirthschaftlichen Reform hervortrat, je mehr versucht wurde, ihre darauf gerichtete Gemeinschaft zum Anlaß einer heftigen politischen Agitation zu machen, desto dringender war für sie der Anlaß, sich zur Vollendung ihrer nächsten bedeutsamen Aufgaben fest zusammenzuschließen und sich über die unmittelbaren Nothwendigkeiten der ihnen geschaffenen Lage verständigend zu verbinden. Sie haben in der That auch hierin praktische Politik getrieben und vor Allem jede Hoffnung der Gegner auf eine Spaltung über Personen- oder Fraktionsfragen vereitelt.

Wenn die Wiederbesetzung des Präsidiums durch eine Einigung zwischen den Deutsch-Konservativen, der freikonservativen Reichspartei und dem Zentrum erfolgen mußte, so entsprach es lediglich der Natur der Dinge, daß neben dem bereits vorhandenen Vizepräsidenten aus der Reichspartei (Dr. Buchner) die eine der beiden Vizepräsidentenstellen mit einem Deutsch-Konservativen, die andere mit einem Mitgliede der Zentrumspartei besetzt wurde. Das Zentrum, die stärkste der drei Parteien, überließ die erste Präsidentenstelle willig einem Konservativen (Abgeordneten von Seydewitz), und erhielt dadurch die Stelle des ersten Vize-Präsidenten (für den Abgeordneten Freiherrn von Franckenstein). Diese Vereinbarung kam bei den Abstimmungen im Reichstage ohne Weiteres zur Geltung, indem die gesammte liberale Partei sich durch Abgabe weißer Zettel der wirklichen Betheiligung an den Wahlen enthielt.

Angesichts dieser Enthaltung war das Ergebniß ein ganz selbstverständliches, und wenn dabei etwas Unerhörtes" geschehen ist, so war es eben jene freiwillige Enthaltung der Liberalen.

Die neue Präsidentenwahl an und für sich und das Verhalten der jetzigen Mehrheit bei derselben haben zu den düsteren Auffassungen und Verkündigungen keinen Anlaß oder Anhalt gegeben: bei der ihnen aufgezwungenen neuen Wahl haben die Parteien der Mehrheit nur dasselbe feste und klarbewußte Zusammenhalten bewährt, welches ihr Auftreten während der wichtigen Verhandlungen dieser Session überhaupt bezeichnet.

Der Unmuth der Gegner in der liberalen Presse richtet sich auch in Wahrheit nicht so sehr gegen das Ergebniß der Präsidentenwahl, wie gegen jene feste Vereinigung selbst, welche das Gelingen der wirthschaftlichen Pläne des Kanzlers zu sichern scheint. Im Zusammenhange mit den an und für sich völlig wirkungslosen Bestrebungen und Kundgebungen des sogenannten Berliner „Städtetages" sollte seitens der absolut freihändlerischen Elemente der Nationalliberalen im Verein mit den agitatorischen Kräften der Fortschrittspartei der Versuch gemacht werden, den gesetzlichen Theil der Liberalen, welcher die Wirthschaftsreform im Wesentlichen unterstützt, durch politische Bewegründe davon abzuziehen. Hierzu schien besonders der Hinweis auf die jetzige Parteigruppirung im Reichstage und auf das entschiedene Hervortreten derselben bei den neuen Präsidentenwahlen geeignet: namentlich die Wahl eines Zentrumsmanns in das Präsidium, meinte man, würde „Manchen in die Augen beißen" und „die Situation wie durch einen Blitzschlag erhellen", — selbst die Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber könnte nicht durchgreifender umgewandelt werden, als wenn das Reich anfange, „mit seinen Gegnern zu paktiren", — deshalb sei diese Präsidentenwahl „eine Haupt- und Staatsaktion in des Wortes eigenster Bedeutung." Mit einiger Naivetät wurde hinzugefügt: „man fürchte nicht den Vorwurf der Uebertreibung vor dem Forum unparteiischer Geschichte."

Ohne der „unparteiischen Geschichte" vorgreifen, darf man dagegen vertrauen, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes durch die Vorführung so weit aufsehender Gefahren sich über die nächsten rein praktischen Gesichtspunkte der Frage nicht betirren lassen wird.

Für jetzt handelt es sich um die Stellung der Parteien zur Wirthschaftsreform, und in dieser Beziehung war vor wenigen Wochen gerade in demselben Blatte zu lesen: „Wir haben aus dem Umstande, daß das Zentrum für die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck eintritt, niemals weder dem Zentrum, noch seinen Verbündeten einen Vorwurf gemacht. Wir glauben, daß es sich in dieser Frage nicht durch konfessionelle Motive, sondern durch seine sachlichen Anschauungen leiten läßt.

Wenn aber diese rein sachliche Stellung, welche das Zentrum in einer der wichtigsten nationalen Fragen einnimmt, naturgemäß auch zu einer vertrauensvolleren Behandlung der großen kirchlichen Fragen führen kann, so wird das deutsche Volk auch darin nicht einen Grund zur Besorgniß, sondern vielmehr zu patriotischer Hoffnung finden, in Uebereinstimmung wiederum mit jenem Blatt, welches vor Kurzem schrieb:

„Ein Ausgleich mit Rom auf den Grundlagen des konstitutionellen Scheidens würde auch unter den Unterschieden der selbstregierenden Religionsgesellschaften mit voller Befriedigung begrüßt werden. Wer Deutschlands Geschichte kennt, der weiß, welche schweren Uebel seit Jahrhunderten durch religiöse Zwistigkeiten, offen oder verdeckt, über die Nation gebracht worden sind, und er würdigt die Herstellung des Religionsfriedens als eine hocherwünschte That ansehen."

Aber wie gesagt, darum handelt es sich bei der jetzigen Frage nicht, es handelt sich ausschließlich um die große Aufgabe der nationalen Wirthschaftsreform, und von dieser wird sich das deutsche Volk so wenig wie die Reichstagsmehrheit durch politische Schreckbilder abziehen lassen. Gegenüber solchen Versuchen ist an die Mahnung des Abg. v. Bennigsen an die liberalen Gegner der Vorlage zu erinnern, daß sie „die Sache doch nicht so tragisch ansehen" mögen und an den schließlichen Ausbruch seiner Hoffnung, „daß auf Grundlage der neuen Zölle — der finanziellen Ordnung im Reich und der Verbesserung der Steuerverhältnisse in den Einzelstaaten — Boden geschaffen wird für unsere wirthschaftliche Thätigkeit, noch günstiger als bei der, welcher jetzt vorhanden ist."

Zur **Reichstagssession** bemerkt die „Provinzial-Correspondenz", der Reichstag gedenke seine Sitzungen am Mittwoch (spätestens Donnerstag), vermuthlich bis Montag (9. Juni) zu schließen, wogegen die Tarifkommission, von deren Arbeiten jetzt vorzugsweise die Förderung der noch aufstehenden umfangreichen Aufgaben abhängt, bald nach den Pfingsttagen ihre Berathungen wieder aufnehmen dürfte.

Inzwischen werde dem Reichstage auch noch der noch dem Bundesrathe vorliegende wichtige Gesetzentwurf für die Aenderung der Verfassung und Verwaltung für Elsaß-Lothringen zugehen, dessen Erledigung in der gegenwärtigen Session dringend wünschenswerth ist.

Die auf dem Infanterie-Exerzierplatz östlich der Tempelhofer Chaussee bei Berlin am 29. Mai, Vormittags 10 Uhr, stattfindende große **Frühjahrs-Parade** wird von Sr. königl. Hoheit, dem Generaloberst der Kavallerie, Prinzen August von Württemberg, befehligt werden. Die Parade wird aus zwei Treffen bestehen, denen das erste vom Generallieutenant v. Pape, das zweite vom Generallieutenant Grafen v. Brandenburg kommandirt werden wird. Auf dem rechten Flügel des ersten Treffens nehmen die Lehrgendarmerie und die Stabe Aufstellung: es folgen: 1. Garde-Infanteriebrigade unter Generalmajor Freiherrn v. Meerscheidt-Hüllessem, bestehend aus dem Kaiser Franz Garde-Grenadierregiment zu Fuß, dem 2. Garderegiment zu Fuß, dem Garde-Füsilierregiment und dem 4. Garderegiment zu Fuß; die 3. Garde-Infanteriebrigade unter Generalmajor v. Grolman, bestehend aus dem Kaiser Alexander-Garde-Grenadierregiment Nr. 1, dem 3. Garde-Grenadierregiment Königin Elisabeth und dem Garde-Schützenbataillon; die kombinirte Garde-Infanteriebrigade unter Generalmajor v. Lehmann, bestehend aus dem Kaiser Franz-Garde-Grenadierregiment Nr. 2 und dem 3. Garderegiment zu Fuß; und die kombinirte Brigade unter Generalmajor v. Uthmann, bestehend aus dem 1. Bataillon des Garde-Fuß-Artillerieregiments, dem Garde-Pionierbataillon, dem Eisenbahnregiment und der Lehrkompagnie der Artillerie-Schießschule. Das zweite Treffen wird gebildet aus der kombinirten Garde-Kavalleriebrigade unter Generalmajor v. Schenck, bestehend aus dem Garde-Kürassierregiment, dem 1. Garde-Dragoner-Regiment, dem 2. Garde-Ulanenregiment und dem 3. Garde-Dragonerregiment; und der Artillerie und dem Train unter Oberst v. Koerber, bestehend aus dem 1. Garde-Feldartillerieregiment, dem 2. Garde-Feldartillerieregiment, der Lehrbatterie der Artillerie-Schießschule, dem Garde-Trainbataillon und dem Brandenburgischen Trainbataillon Nr. 3. Die Bataillone des 1. Treffens nehmen Aufstellung in Kompagniefront-Kolonne, die Lehrkompagnie der Artillerie-Schießschule in Zugkolonne, die Kavallerie in Kolonne in Eskadrons, die Artillerie und Train in Linie. Die Honneurs werden zuerst im Ganzen, dann brigadeweise gemacht. Der erste Vorbeimarsch wird von den Truppentheilen des 1. Treffens in Kompagniefront, von der Kavallerie in halben Eskadrons im Schritt, von der Artillerie in Batteriefront im Schritt und vom Train in Zügen im Schritt ausgeführt. Der zweite Vorbeimarsch erfolgt von der Infanterie in Regimentskolonne, wobei das Garde-Pionierbataillon und Eisenbahnregiment eine Regimentskolonne bilden; das Garde-Schützenbataillon und das 1. Bataillon des Garde-Fußartillerieregiments marschiren in Kompagniefront-Kolonne; das Kadettenkorps und die Lehrkompagnie fallen aus; die Kavallerie reitet in Eskadronsfront im Trabe vorbei, die Artillerie in Abtheilungsfront (die Lehrbatterie der Artillerie-Schießschule auf dem linken Flügel der 1. Abtheilung des 1. Garde-Feldartillerieregiments) und der Train in Kompagniefront im Trabe.

Die Truppen erscheinen im Paradeanzuge mit Gepäck, die Fußtruppen in weißen Hosen, Hauptbüchsen, Regiments- und Bataillonsfahnen, sowie Fahnenträger ohne Gepäck. In der Truppenaufstellung steht die Musik des 2. Garderegiments z. F. auf dem rechten Flügel des Kadettenkorps. Das zweite Treffen wird vom linken Flügel her gesehen. Die Fahnen, ausschließlich derjenigen des 3. Garderegiments z. F. und des Kaiser Franz Garde-Grenadierregiments Nr. 2, holt eine Kompagnie des 2. Garderegiments z. F., die Standarten eine Eskadron des Garde-Kürassierregiments aus dem Palais ab. Beim Marsch zu und von der Parade passiren das Halleſche Thor und die Belle-Allianceſtraße nur die Fahnen-Kompagnie, die Standarten-Eskadron und die Garde-Feld-Artillerieregimenter. Die bei den Truppentheilen befindlichen, einer anderen Waffe oder anderen Truppentheilen angehörigen Offiziere treten, falls sie eine ihrer Charge entsprechende Verwendung finden, in die Front ein. Bei der Ankunft Sr. Majestät des Kaisers giebt Se. königl. Hoheit Prinz August von Württemberg das Kommando zum Präsentiren des Gewehrs, worauf gleichzeitig die Offiziere und die Fahnen salutiren und die Hautboisten und Tambours anfangen, den Präsentirmarsch zu blasen und zu schlagen. Nachdem der Front-Rapport übereicht ist, nimmt die Abnahme der Parade durch Se. Majestät ihren Anfang.

Die „Nat.-Ztg." brachte in ihrer Nummer vom 26. Abends eine Mittheilung über den Verlauf der **Finanzdebatte**, welche der wirklichen Wahrheit entspricht. Die Erörterungen in Bezug auf eine ausgedehnte Begnadigung wegen politischer Vergehen, speziell wegen Beleidigung des Kaisers, haben nicht stattgefunden, ebenso wenig eine Erörterung in Bezug auf eine Begnadigung von Sozialdemokraten. Das Richtige über das Wesen und das Maß der Amnestie ist von uns von vorn herein gemeldet worden. Die Berichterstattung der betheiligten Minister an den Kaiser ist im ordnungsgemäßen Gange, ohne daß irgend welche Zwischenfälle eingetreten wären. Erörterungen im Gesammtministerium über den Gegenstand haben überhaupt nicht stattgefunden.

Die „Köln. Ztg." ließ sich am 24. Mai aus Berlin telegraphiren, unter dem jetzigen Minister des Innern sei von einer Vervollständigung der **Verwaltungsreform** nicht mehr die Rede. Es seien vielmehr die Oberpräsidenten aufgefordert worden, Bericht zu erstatten über die Uebelstände, die sich bei den neuen Einrichtungen gezeigt, und schon in der Stellung der Frage habe ein Fingerzeig gelegen, welche Antwort die Regierung erwarte. Die Oberpräsidenten hätten denn auch Stöße von Stoßseufzern nach Berlin geschickt. Dazu ist zu bemerken, daß der Gesetzentwurf an den Oberpräsidenten und Präsidenten, um den allein es sich handeln kann, weil seitdem kein ähnlicher gefolgt ist, von dem damaligen stellvertretenden Minister des Innern, Dr. Friedenthal, unterm 13. Februar 1878 ausgegangen ist. Es ist ferner zu bemerken, daß die Fragen dieses Erlasses in demselben Sinne gestellt sind, in welchem sich bei den damaligen Landtagsverhandlungen der Minister Friedenthal geäußert hat. Man sieht, welche Konjekturen jetzt auf die nichtigsten Anlässe hin in unnützig besorgten Gemüthern entstehen und Glauben finden.

Die „**National-Zeitung**", welche es sehr ungnädig **vermerkt**, wenn in anderen Blättern persönliche Momente der letzten Präsidentenkrisis im Reichstage auch nur berührt werden, hat sich seitsamerweise zur Aufnahme einer Notiz verleiten lassen, welche „zur Signatur der Situation" mittheilt, daß bei der Abg. Windthorst zahlreiche Briefe mit der Bitte um Befürwortung von Stellengesuchen einliefe, als der jetzt einflußreichste Mann beim Reichskanzler. Mit Recht wird offiziöserseits bemerkt, die Notiz diene in der That nur zur Signatur, wie weit gewisse liberale Kreise seit dem Wechsel im Reichstagspräsidium den Kopf verloren haben.

Zu großer Genugthuung unserer fortschrittlichen Presse befreuden sich die meisten **liberalen Blätter** den Gang der Wirthschaftsreform in Deutschland ausschließlich aus jenen Gesichtspunkten absoluter Negation und Anfeindung, welcher als eine Eigenthümlichkeit unserer Manchesterorgane erklärlich erscheinen mag, bei einzelnen der angesehensten Mitter Blätter aber den Vorgängen in Deutschland gegenüber beliebt wird. So konstatirt z. B. die „Kieler Zeitung", daß selbst „das strikt offiziöse, schutzzöllnerischen Bestrebungen keineswegs feindliche" Wiener „Fremdenblatt" energisch für den Städtetag in die Schranken trete.

Wir können es dem Lokalpatriotismus der österreichischen Presse sehr gut nachempfinden, wenn sie von dem Bestreben Deutschlands, sich wirthschaftlich auf eigene Füße zu stellen, nicht übermäßig erbaut ist. Vielleicht brauchte diesem Gefühl nicht immer ein so scharfer, mitunter plump gehässiger Ausdruck gegeben zu werden, wie er namentlich in den Artikeln und Berliner Korrespondenzen der „Neuen Freien Presse" zum Vorschein kommt, deren Expektorationen uns von der „Germania" zum Hinweis für unsere Manchesterpresse für den Fall empfohlen wurden, daß letztere sich wieder einmal über mangelnde Urbanität in den Erörterungen der „Nordd. Allg. Zeitung" beschweren sollte; aber im Ganzen hat die österreichische Presse ein gewisses Anrecht darauf, von der deutschen Wirthschaftsreform und Allem, was damit im Zusammenhange steht, nicht sonderlich erbaut zu sein.

Nur deutsche Blätter aber können die Naivetät haben, diese Stimmen des Auslandes als Argumente für ihren Widerstand gegen unsere wirthschaftliche Reform ins Feld zu führen.

In der heutigen (55.) Plenarsitzung des **Reichstages** erhielt zunächst zur dritten Berathung des Sperrgefetzes Abg. Lasker das Wort. Er bezeichnet es als eigenthümlich, daß die ursprüngliche Idee der Sperrmaßregel auf die gestrigen Beschlüsse zusammengeschrumpft sei, wonach, wenn man von Formalien absehe, lediglich das Rohzeisen mit der Sperre getroffen werde. Das sei aber um so wunderbarer, als nach der Geschäftsbilanz des Hauses — die Roggen und Eisen noch in der Schwebe halte — die Einzelne in 3. Lesung vermuthlich eine Herabsetzung erfahren würden. Er kommt somit zu einer Ablehnung der Vorlage. — Abg. Dr. Finn begründet den Antrag, dem § 1 folgende Gestalt zu geben: Die Eingangszölle für Rohzeisen aller Art, Brucheisen und Abfälle aller Art von Eisen, für Tabak und Wein (welche nicht die bezüglichen Gesetzentwürfe beantragt sind) können durch Anordnung des Reichskanzlers vorläufig in Hebung gesetzt werden." Präsident des Reichskanzler-Amts Hofmann bittet, es bei den Beschlüssen zweiter Lesung zu belassen. Die Regierung müsse dabei verharren, daß es für sie zweckdienlicher sei, auf einen größeren Kreis von Gegenständen die Sperre erstrecken zu können, als auf wenige, wenn auch unter der Beschränkung der zweiten Lesung. Außerdem aber habe letztere auch das Gute, daß sie eine gewisse Garantie dafür biete, daß die betreffenden Zölle nicht wieder aufgehoben würden. Abg. Windthorst vertheidigt dem Abg. Lasker gegenüber im Wesentlichen mit den gestrigen Argumenten den nunmehrigen Beschluß zweiter Lesung. Der Abg. Trautmann beantragt in dem Amendement Zinn hinter „Eisen" zuzusetzen: „jedoch nur in Höhe von 0,50 ℳ" und außerdem einzufügen: „Petroleum und Kaffee". Abg. Lasker erklärt sich gegen die Aufnahme der beiden letztgenannten Finanzzölle mit Rücksicht auf die Interessen seines Mannes. Abg. v. Benda kommt auf seine gestrigen Ausführungen zurück und konstatirt, daß mit dem Sperrgesetz, wenn auch Petroleum und Kaffee aufgenommen würde, über die definitive Abstimmung gar kein Präjudiz geschaffen werde. Abg. Trautmann (nationalliberal) befürwortet dem Abg. Lasker das Privilegium, allein ein warmes Herz für die armen Bevölkerungsklassen zu besitzen. Für Eisen wolle er keinen höheren Zoll durch Sperre erheben lassen, als er selbst demselben bereits zugestanden. Daß er einen höheren auf Kaffee und Petroleum wünsche, sei lediglich darin, daß diese beiden Artikel besonders geeignet seien, der illoyalen Spekulation zu dienen. Abg. Richter (Hagen) knüpft an die Worte des Abg. v. Benda, der von „politischen Freunden" gesprochen, die Frage, wen denn die nationalliberale Partei" sich denke, wer sie vertrete? Die Herren dieser Partei bekämpften sich in allen diesen Fragen unter einander mehr, als die anderen Parteien eine der andern gegenüber. Den Antrag Trautmann" charakterisirt er als durchaus unmöglich. Auch der Abg. Stumm bezeichnet den Zusatz von 0,50 ℳ bei Roheisen als durchaus unthunlich. Nachdem der Abg. Windthorst noch die Ansicht des Abg. v. Benda bezüglich des noch fernliegenden Zeitpunkts der zweiten Lesung der Finanzzölle widerlegt und eine große Reihe persönlicher Bemerkungen gefolgt waren, werden bei der Abstimmung alle Amendements abgelehnt und § 1 nach den Beschlüssen zweiter Lesung unverändert angenommen. Die weitere Berathung ist ohne materielle Bedeutung und nur redaktioneller Verbesserungsantrag angenommen. Schließlich wird das ganze Gesetz definitiv angenommen. — Gegen 1 Uhr wurde die zweite Berathung des Zolltarifs (Holzoll) fortgesetzt. Abg. Rickert bestreitet die Behauptung, daß es sich bei diesem Zolle um die Erhaltung des deutschen Waldes und namentlich der Staatswaldungen handle. Inzwischen zeigen sich auf den Bänken des Hauses sehr merkliche Lücken.) Der Redner geht auf den preußischen Forstetat und die Entwickelung desselben näher ein. Wenn sich wirklich der Ausfall des Vorjahres von 3½ Millionen ergeben sollte, hätten wir immer noch eine erhebliche Mehreinnahme über das Jahr 1871. Der Holzpreis wäre auch heute noch nicht auf den Normalfuß herunter gegangen, den er Ende der 60er Jahre gehabt. Daß zur Zeit hunderttausende von Holzarbeitern im Winde brodlos geworden, bezweifelt er um so mehr, als der preußische Staat für dergleichen Löhne überhaupt nur 7,200,000 ℳ verausgabe und gerade im letzten Etat für vermehrte Arbeitskräfte 300,000 ℳ eingestellt seien, dem gegenüber repräsentirten die Arbeitslöhne, welche der Holzhandel in den Ostseestädten zahle, eine ganz andere Summe. Der Holzhandel mit russischem" Holze sei doch gewiß eben so gut ein deutsches, als die Industrie, welche fremde Wolle oder Baumwolle verarbeitet, eine nationale. Der Redner (der in seinen kritischen Ausführungen mehrfach auf den in der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichten Artikel des Forstmeisters Wagner Bezug nimmt), zweifelt nicht, daß das finanzielle Ergebniß für die Steuerzahler kein günstiges sein werde da der Staat selbst wieder viel ausländisches Holz nöthig gebrauche. Dazu kämen die Interessen unserer Rhederei, die in innigsten Zusammenhange mit der Wohlfahrt des Holzhandels stehe. Wenn der Reichskanzler den Einwand, daß der Holzzoll doch nicht zum Kampfzoll geeignet erscheinen könne, damit zurückgewiesen habe, daß die Abschließung Rußlands doch nicht größer werden könne, als sie schon sei, so sei doch zu bedenken, daß zur Zeit die Provinz Preußen einen sehr bedeutenden Export nach Rußland habe. Für die Waldkultur sei der Holzzoll kein Bedürfniß, für den Holzhandel von großem Nachtheil. Jedes werde man den Muth nicht ganz verlieren; hoffentlich werde es dem Norden und Osten, von dem die politische Freiheit des Vaterlandes ausgegangen (Oho!), seiner Zeit gelingen, die jetzige Tarifmaßnahme wieder zu beseitigen. Regierungskommissar Geh. Rath Mayr bemerkt zunächst, bezüglich einer neulichen Aeußerung des Abg. Richter (Meißen), daß § 116 des Vereinsgesetzgesetzes vom 1. Juli 1869 für den kleinen Grenzverkehr mit Rohholz hinlängliche Abhilfe bringen könne. Wenn der Abg. Klügmann gesagt, der Holzzoll werde höchstens eine Einnahme von 3 Millionen liefern, so müsse man erwägen, daß die Finanzreform sich nothwendig auf viele einzelne Positionen stützen müsse. Wenn der Regierung vor-